

VDR-Presseerklärung vom 07.01.2014 zur 55. dbb Jahrestagung in Köln

Schulen müssen ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können

VDR-Vorsitzender Böhm fordert auf Kölner dbb-Jahrestagung klares Bekenntnis der Politik zum Beamtenstatus für Lehrkräfte

Die Aussagen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf der Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion vom 5. bis 7. Januar 2014 in Köln nahm der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, zum Anlass, für die Einstellung von Lehrkräften auch weiterhin den Beamtenstatus zu fordern. „Der Staat darf sich gerade im entscheidenden Zukunftsfeld Bildung nicht seiner Verantwortung entziehen. Dazu gehören das klare Bekenntnis zu verbeamteten Lehrkräften, beste Arbeitsbedingungen an den Schulen und eine perspektivische Personalentwicklung“, so Böhm.

In seinem Beitrag hatte der Innenminister u.a. festgestellt, dass sich die Bedingungen für eine Einstellung im öffentlichen Dienst entweder als Beamter oder als Tarifangestellter nicht allein auf die Frage reduzieren lassen, ob es sich bei dem zu bearbeitenden Tätigkeitsfeld um ein Amt mit hoheitlichen Aufgaben handle. De Maizière plädierte für eine flexible Vergabe des Beamtenstatus. Wörtlich führte er aus: „Weil die verschiedenen Motive zu einer unterschiedlichen Verbeamtungspraxis in den einzelnen Berufsgruppen führen, zeigen sich inzwischen ... gewisse „Unschärfen“ in den Konturen der Statusgruppen“. Das gelte z.B. - aber nicht nur - für die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer.

De Maizières Aussagen nahm VDR-Vorsitzender Böhm zum Anlass, mit Nachdruck auf die Besonderheiten des Lehrerberufs aufmerksam zu machen. Mit ihrem anspruchsvollen Bildungs- und Erziehungsauftrag stünden Lehrkräfte in einem spezifisch engen personalen Verhältnis zu den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen. Allein dieser Umstand mit seiner hohen Verantwortungsethik rechtfertige den Beamtenstatus bereits hinreichend. Es komme hinzu, dass Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der an sie gestellten schulgesetzlichen Forderungen wie der Beurteilungs- und Abschlussvergabepraxis in erheblichem Umfang mit hoheitlichen Aufgaben befasst seien. Wohin ein Schulsystem treibe, das zu großen Teilen Tarifangestellte beschäftige, sei aktuell am Bundesland Berlin zu beobachten. „Wenn sich eine Gesellschaft nicht mehr darauf verlassen kann, dass die schulischen Akteure ihrer Pflicht zur Gewährleistung angemessener Arbeitsbedingungen und Vergütung sowie der Pflicht zu zuverlässigem schulischem, insbesondere unterrichtlichem Handeln nachkommen, wird es Verhältnisse an unseren öffentlichen Schulen geben, die auf keinen Fall die großen Zukunftsaufgaben bewältigen können“, warnte Böhm.

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der ca. 20.000 Mitglieder zählenden Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern. Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit. Der VDR ist Diskussionsplattform, Sprachrohr und Dienstleister für seine Landesverbände und ihre Mitglieder.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Dachauer Str. 44 a, 80335 München,
Tel. 089 / 55 38 76, Fax 089 / 55 38 19, info@vdr-bund.de